

Junges Freiburg/DIE GRÜNEN
CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Unabhängige Listen
FW-Fraktion
FDP-Stadträte

im Freiburger Gemeinderat

Interfraktioneller Antrag

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Dieter Salomon

per Fax: 201 – 1140
(parallel an hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de)

Freiburg, 15. Mai 2007

Beteiligungshaushalt – Freiburger Weg
h i e r :
Antrag nach § 34 Abs. 1 Satz 4 GemO

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die unterzeichnenden Fraktionen beantragen, das Thema „Freiburger Weg zu einem Beteiligungshaushalt“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderates am 10. Juli 2007 zu setzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, zu dieser Sitzung eine Informationsvorlage zum Thema Beteiligungshaushalt zu erstellen. In dieser Vorlage sollen Beteiligungsverfahren aus anderen Kommunen dargestellt, ihre Stärken und Schwächen analysiert und ihre Übertragbarkeit auf Freiburg geprüft werden. Dabei soll Expertenwissen aus der Projektgruppe Beteiligungshaushalt der Lokalen Agenda herangezogen werden

Begründung:

Der städtische Haushalt stellt die finanzpolitische Grundlage fast aller relevanten Entscheidungen dar. Aufgrund der Finanzsituation der Stadt Freiburg und der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung werden die meisten kommunalen Handlungsfelder von finanzpolitischen Entscheidungen geprägt. Dies gilt auch für mittel- und langfristige strategische Schwerpunktsetzungen.

In viel stärkerem Maße als früher spüren auch die Bürgerinnen und Bürger die unmittelbaren Auswirkungen der Haushaltspolitik. Es wird daher immer wichtiger, Wege zu finden, wie die Bürgerschaft an der städtischen Haushalts- und Finanzplanung vor der Beschlussfassung durch den Gemeinderat beteiligt werden kann.

Ein Beteiligungshaushalt ist ein komplexes Verfahren, dessen zentrale Bausteine Information, Konsultation/Mitsprache und Rechenschaft sind:

1. Information: Grundvoraussetzung für die Zusammenarbeit von Bürgerschaft, Kommunalpolitik und Verwaltung sind verständliche und aussagekräftige Informationen über den städtischen Haushaltsplan.
2. Konsultation/Mitsprache: Die Phase, in der der Dialog zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft - in welcher Form und Tiefe auch immer - stattfindet. Ein ernsthaftes, gut durchdachtes Dialogangebot ist eine wesentliche Voraussetzung für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.
3. Rechenschaft: Die Bereitschaft zur Beteiligung erhöht sich, wenn Verwaltung und Gemeinderat - dem die Entscheidung über den Haushalt vorbehalten bleibt - Rechenschaft darüber ablegen, wie sie mit den Ergebnissen der Konsultationen verfahren.

Ein derart komplexes Verfahren muss, um erfolgreich zu sein, als „lernender Prozess“ konzipiert werden und eine gemeinsame Erfolgskontrolle beinhalten. Auch ist eine gründliche Vorbereitung notwendig, in deren Verlauf sich zunächst der Gemeinderat mit den Gestaltungsvarianten und Erfolgsfaktoren eines solchen Verfahrens auseinandersetzen muss. Die Spielregeln für einen Bürgerhaushalt und seine Grenzen müssen vorab geklärt sein, da ein Großteil des städtischen Etats durch Pflichtaufgaben festgelegt und nur ein Bruchteil verhandelbar ist.

Die unterzeichnenden Fraktionen sind sich daher einig, erst zum Doppelhaushalt 2009/2010 in ein Beteiligungsverfahren einzusteigen. Mit dieser zeitlichen Perspektive soll die Vorbereitung eines „Freiburger Wegs“ in zwei Phasen unterteilt werden: eine Informations- und eine Planungsphase. Mit der Information des Gemeinderats wurde bereits begonnen. Die nächsten Schritte sind in diesem Antrag formuliert.

Zurzeit wird der Doppelhaushalt 2007/2008 mit dem Ziel aufbereitet, ihn für die Bürgerschaft transparent und lesbar zu machen. So werden erste Erfahrungen gesammelt, die in die Planungsphase einfließen sollen.

Maria Viethen
Junges Freiburg/Die Grünen

Martina Feierling-Rombach
CDU-Fraktion

Renate Buchen
SPD-Fraktion

Hendrik Guzzoni
Unabhängige Listen

Gerolf Staschull
FW-Fraktion

Patrick Evers
FDP-Stadträte